Fluchtursache: Klimawandel

Von Emilia Sommer

Spätestens seit dem Beginn von FridaysForFuture und einer dadurch ausgelösten riesigen Umweltbewegung sind die Gefahren des Klimawandels in aller Munde. Während der globale Westen mit Maßnahmen wie Mülltrennung, Bioprodukten, Plastikvermeidung, der Umstellung des individuellen Konsums und großen Greenwashing-Kampagnen reagiert, sind die Folgen der massiven Umweltzerstörung durch Großkonzerne im globalen Süden schon jetzt spürbar. Durch ausgetrocknete Felder, (Trink)wasserknappheit und massive Umweltkatastrophen, welche ganze Landstriche unbewohnbar machten, mussten 2020 schon 26 Millionen Menschen aufgrund klimatischer Veränderungen flüchten. Bis 2050 sind 200 Millionen Geflüchtete des menschengemachten Klimawandels prognostiziert. Doch was genau verbindet Flucht, Klima und Rassismus?

Der Kapitalismus ist der Ursprung dieser Problematiken, denn ein kapitalistisches System handelt prinzipiell im Interesse der Wirtschaft und des Profits, nicht im Interesse der Natur oder gar des Menschen. Um den Kapitalismus zu erhalten, müssen immer mehr Profite generiert werden, um Kapital zu vermehren, zu investieren und im internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Dafür werden nicht nur Arbeiter_Innen, sondern auch die Natur und deren Ressourcen massiv ausgebeutet. Spätestens seitdem sich einige kapitalistische Staaten wie unter anderem Deutschland oder die USA zu imperialistischen Systemen weiterentwickelt haben, beuten sie nicht nur innerhalb ihrer territorialen Gebiete aus, sondern weiten dies vor allem auf den globalen Süden aus. Zwar gilt der Kolonialismus schon seit einiger Zeit offiziell als beendet und Staaten, die in der Vergangenheit Kolonien waren, sind formal unabhängig, doch auch heute noch sind sie vor allem wirtschaftlich extrem abhängig von imperialistischen Staaten, weswegen wir diese Halbkolonien nennen.

Viele Imperialist_Innen haben ihre Warenproduktion in Halbkolonien ausgelagert. Dies führt zum einen dazu, dass die natürlichen Ressourcen wie Wasser und andere Naturalien ohne Blick auf mögliche Folgen ausgeschöpft werden, während die dortige Bevölkerung keinerlei Nutzen davonträgt. Zum anderen werden vor allem diese halbkolonialen Staaten daran gehindert, eine eigene Produktion und damit einhergehend eine eigene Wirtschaft zu stemmen, welche sie unabhängig von „Entwicklungshilfen“ und Co handlungs- und bestandsfähig machen würde. Ihnen fehlt es schon jetzt an finanziellen Mitteln, um sich vor Naturkatastrophen zu schützen und die Folgen derer abzufangen. Betrachtet man nun Konzerne wie Nestlé, welcher nur eines von vielen Beispielen ist, der durch Privatisierung des Wassers in vielen Ländern Afrikas zu massiver Trinkwasserknappheit geführt hat, so wird schnell klar, dass die Ressourcen der Halbkolonien für die Versorgung imperialistischer Länder drauf gehen, ohne dass diese Staaten selbstständig in der Lage sind, ausreichend Lebensgrundlage für die dort lebende Bevölkerung zu schaffen.

Imperialist_Innen ziehen Nutzen aus den viel günstigeren Produktionsbedingungen, den nicht-vorhandenen oder liberaleren Umweltschutzgesetzen und der prekären Situationen der Menschen vor Ort. Diese sind meist auf extrem unterbezahlte Jobs in miserablen Arbeitsbedingungen angewiesen, wodurch Kapitalist_Innen günstiger produzieren können, somit günstiger verkaufen bei weniger Ausgaben (Löhne der Arbeiter_Innen), mehr Gewinne generieren und damit dem Konkurrenzkampf standhalten und diesen weiter anfeuern. Nur 63 Unternehmen verursachen 50 Prozent der weltweiten Emissionen. Wenige zerstören also mit der Ausbeutung von Mensch und Natur die Lebensgrundlage vieler. Kleinbäuer_Innen können die ausgetrockneten Felder nicht mehr ausreichend bestellen, das Trinkwasser reicht nicht aus und Naturkatastrophen machen immer mehr Gebiete unbewohnbar, sodass ihnen irgendwann nur noch die Flucht als letzter Ausweg bleibt.

Nachdem die Imperialist_Innen also
zuerst die Lebensgrundlage vieler Menschen durch ihre rassistische Ausbeutung zerstört haben, reagiert die EU mit einer immer stärkeren Abschottungspolitik an ihren Außengrenzen und geht für ihren Profit buchstäblich über Leichen. Bereits in den ersten vier Monaten
dieses Jahres sind schätzungsweise 600 Menschen im Mittelmeer durch unterlassene Seenotrettung ertrunken. Der Klimawandel und die damit verbundene Notwendigkeit der Flucht können nicht innerhalb des kapitalistischen Systems beendet werden, denn der Kapitalismus fußt auf dem Konzept des freien Marktes, der Profitmaximierung und dem oben genannte Konkurrenzkampf. Ohne all dies könnte er sich nicht erhalten. Er muss also überwunden werden, um die Klimakatastrophe abzuwenden und Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Deshalb ist es wichtig, die globalen Kämpfe gegen Umweltzerstörung, Krieg, Abschiebung, Rassismus und Kapitalismus zu verbinden, denn so unterschiedlich sie auch scheinen, sie alle haben ihren Ursprung im kapitalistischen System. Doch dieser wird sich nicht von allein überwinden, es braucht eine starke antikapitalistische Bewegung der Arbeiter_Innen und der Jugend mit folgenden Forderungen:

- Staatliche Investition in
  umweltfreundliche Technologien, Recycling und CO2-Neutralität, kontrolliert durch Selbstorganisationen der Arbeiter_Innenklasse wie Räte oder Gewerkschaften! Die Ziele des Pariser Klimaabkommens sind
  nicht ausreichend, sollten aber mindestens eingehalten werden!

- Bezahlung aller Kosten für diese
  Maßnahmen durch Besteuerung der Kapitalist_Innen und Reichen!
- Internationale Organisierung des
  Widerstands gegen die Umwelt- und Geflüchtetenpolitik der kapitalistischen Regierungen!
- Fluchtursachen bekämpfen! Schluss
  mit der Ausbeutung von Halbkolonien! Imperialistische Staaten sollen

für die Schäden bezahlen, die sie verursachen!

- Offene Grenzen,
  Staatsbürger_Innenrechte für alle und sichere Fluchtrouten überall. Flucht ist kein Verbrechen!